

Politiker fordern freien Zugang an alle Seeufer

ZÜRICH – Kein Hausbesitzer darf ein Stück Seeufer für sich alleine beanspruchen, sagen linke Politiker. Mehrere Initiativen sind aufgegleist – Bürgerliche wittern bereits Klassenkampf.

Von Simon Hehli | Aktualisiert um 23:08 | 10.07.2010



Zwei junge Frauen sitzen am Ufer des Genfersees. Künftig sollen sämtliche Gebiete rund um die Schweizer Seen für alle frei zugänglich sein, fordern Grüne und Sozialdemokraten. (Illustriert)

Das Hoch «Zadok» verwöhnt die Schweiz mit karibischen Temperaturen. Was gibts bei 34 Grad Schöneres, als in einen der zahlreichen Schweizer Seen zu hüpfen? Doch da gibts ein Problem: Der Zugang zu den Gewässern ist für Normalsterbliche nur beschränkt möglich. Ein Grossteil der Uferzonen ist durch private Anwesen verstellt – gerade am Zürich- oder Genfersee.

Das stört die grüne Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber. Sie plant die Rückeroberung der begehrten Zonen für die Allgemeinheit. «Kein Mensch hat etwas beigetragen zur natürlichen Schönheit der Ufergebiete. Sie gehören eigentlich uns allen, so wie auch die Wälder», betont sie. Ihre Vision: Durchgehende Wege rund um alle Schweizer Seen. Einzige Ausnahmen wären Naturschutzgebiete.

Prelicz-Huber hat eine parlamentarische Initiative eingereicht, über welche die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK) im August beraten wird. Unterschrieben haben das Anliegen ausschliesslich linke Parlamentarier.

«Ich will niemandem den Garten wegnehmen»

Ihr gehe es weder um Neid auf die Villenbesitzer noch darum, ihnen den schönen Garten wegzunehmen. «Sie müssten ja nur einen Streifen von einem, zwei Meter Breite an die Allgemeinheit abtreten.» Möglich sei es allenfalls auch, vor den Anwesen Stege übers Wasser zu bauen.

Prelicz-Huber weiss, dass sie mit ihrem radikalen Anliegen



Gerade am Zürichsee ist nur

im Parlament gegen eine bürgerliche Wand laufen wird. Für den Grünliberalen Martin Bäumle tönt die Initiative «ein bisschen gar klassenkämpferisch». Eine gezielte Aufwertung von bereits jetzt zugänglichen Orten bringe einen höheren Mehrwert als das Beharren auf einem Seeweg «auf Teufel komm raus.»

Und auch Kommissionskollege Werner Messmer (FDP, TG) sagt: «Dieser Vorstoss ist reiner Populismus, die Wahlen 2011 lassen grüssen. Wir können doch nicht einfach die Eigentumsrechte der Seeanwohner ausser Kraft setzen.»

Gehört das Land dem Volk?

Dieses Argument stimme nicht, sagt ein Verbündeter von Prelicz-Huber: Victor von Wartburg vom Verein «Rives publiques». «Von Enteignung kann keine Rede sein, denn das Land gehört dem Volk.»

Natürlich entstandene Ufergebiete seien sowieso öffentliches Gebiet, betont er. Und künstlich aufgeschüttete Zonen, wie sie vor allem um den Zürichsee sehr häufig sind, hätten die Besitzer als Konzessionen nur zur befristeten Nutzung erhalten. Diese Sicht bestreitet allerdings der Kanton Zürich: Die aufgeschütteten Flächen seien mittlerweile rechtmässiges Eigentum der Konzessionäre geworden.

«Im Interesse der Reichen haben die Behörden schlampig gearbeitet und diese Grundsätze missachtet», kritisiert von Wartburg. Um die Ufer der «enteigneten» Bevölkerung zurückzugeben, wird «Rives publiques» im nächsten Jahr eine nationale Volksinitiative lancieren – ergänzend zu Prelicz' Vorstoss. Künftig wäre der Bund dafür zuständig, durchgehende Wege um die Seen zu garantieren – die Kantone wären entmachtet.

Ein Argument für den Tourismus

Sowohl von Wartburg wie auch Prelicz sind überzeugt, dass ihr Anliegen beim Volk sehr populär ist. Die Nationalrätin glaubt auch, dass sich die Uferwege touristisch bestens vermarkten liessen – so wie Kanada mit seinen unverbauten Seen werbe.

Einen ersten Hinweis, ob sie sich zu Recht grosse Hoffnungen auf einen Abstimmungserfolg machen, wird bald aus Zürich kommen: Die kantonale SP sammelt seit zwei Wochen Unterschriften für ihre Volksinitiative für einen durchgängigen Seeweg am Zürichsee.

etwa die Hälfte der Uferzonen für die Sport treibende oder spazierende Bevölkerung offen.



Hier klicken zum Ansehen

So sieht «Rives publiques» die rechtliche Lage: Alle Gebiete bis zum (einstigen) sommerlichen Hochwasserstand gehören der Öffentlichkeit. Von dieser Linie an beansprucht der Verein drei weitere Meter für einen Seeweg (PDF zum Runterladen).